

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 19-3 vom 16. Februar 2007

Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft
vor dem Bundesrat
am 16. Februar 2007 in Berlin:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich darüber, dass ich heute vor Ihnen über die Prioritäten und Ziele der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sprechen darf.

Vor sechs Wochen haben wir die EU-Ratspräsidentschaft von Finnland übernommen. Seitdem widmet sich die Bundesregierung mit aller Kraft den anstehenden Projekten. Ein Blick in die Geschichte zeigt: Die Europäische Union ist immer dann schwach, wenn sie uneins oder gar gespalten ist. Sie ist immer dann besonders stark, wirkungsvoll und glaubwürdig, wenn sie mit einer Stimme spricht. Weil das so ist, haben wir unsere Präsidentschaft unter das Motto gestellt: „Europa gelingt gemeinsam.“

Weiterer Ausdruck des notwendigen Miteinanders für ein starkes, einiges Europa ist die Tatsache, dass wir mit den kommenden Präsidentschaften Portugal und Slowenien die erste „Trio-Präsidentschaft“ innehaben. So können wir zu dritt bestimmte Projekte über einen Zeitraum von 18 Monaten wie einen roten Faden weiterführen. Zu einem Teil ist die Zeit der kurzatmigen Halbjahrespräsidentschaften somit überholt. Dadurch erreicht Europa mehr Kontinuität. Angesichts mancher Projekte ist das notwendiger denn je, wie ich meine.

Viele Aufgaben sind zu bewältigen. Sie kennen unser nationales Arbeitsprogramm für das halbe Jahr unserer Präsidentschaft. Es geht um Themen, die auch für Sie, die Kollegen in den Ländern, von großer Bedeutung sind.

Wir alle wissen, dass die Zukunft Europas vor allem dadurch entschieden wird, ob die Bürgerinnen und Bürger für dieses Projekt zu gewinnen sind. Nach den Volksabstimmungen über den EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden im Jahr 2005 ist klar geworden: Viele Europäerinnen und Europäer in allen Mitgliedstaaten sind manchen europapolitischen Schritt sozusagen geistig nicht mitgegangen. Sie haben ihn nicht verstanden oder sie haben Zweifel an seiner Richtigkeit. Die Vorteile der Europäischen Union, die für jeden täglich spürbar sind, können grundsätzliche Zweifel nicht ausräumen.

Ich glaube, dieser Zeitpunkt ist dazu geeignet, noch einmal über den Urimpuls, die Anfänge der europäischen Einigung zu sprechen: Nach Jahrhunderten von Krieg und Verwüstung haben die Staaten Europas verstanden, dass sie ihre jeweiligen nationalen Interessen am besten vertreten können, wenn sie auch die Interessen ihrer Nachbarn und anderer europäischer Staaten im Blick haben. Nur durch dieses „Über-den-Tellerrand-Schauen“ ist es in Europa gelungen, Krieg und Hass zu überwinden.

Die Erfolgsgeschichte unseres Kontinents wird überall auf der Welt mit Anerkennung betrachtet. Sie hat uns Frieden und Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit gebracht.

Dieser Erfolg – auch das ist die Wahrheit am Anfang des 21. Jahrhunderts – ist nicht selbstverständlich, sondern muss angesichts der Globalisierung immer neu erarbeitet werden. Die Menschen spüren dies. Wir müssen mit ihnen darüber reden. Wir brauchen den intensiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ich meine, es ist der gemeinsamen Anstrengung wert, für die Europäische Union ständig zu werben.

Wir haben deshalb schon im Vorfeld unserer Präsidentschaft damit begonnen, uns mit Vertretern der Bürgergesellschaft zu treffen und darüber zu diskutieren, welche Anregungen jenseits der politischen Kräfte von der Zivilgesellschaft gegeben werden können, um die Herzen und die Köpfe der Menschen zu gewinnen.

Ich habe eine Bitte an Sie: Dieser Dialog mit der Bürgergesellschaft muss auf allen Ebenen, insbesondere in den Bundesländern, fortgeführt werden. Es ist deshalb überlegenswert, nach dem Schulprojekttag, den wir in diesem Jahr durchgeführt haben, an den Schulen weiter für die Europäische Union zu werben. Wir haben mit dem Schulprojekttag einen großen Erfolg errungen. Ich danke Ihnen allen, die Sie mitgemacht haben. Es war sehr beeindruckend.

Als ich in der Caspar-David-Friedrich-Oberschule in Berlin-Hellersdorf war, habe ich gespürt: Schüler und Lehrer sind an Europa interessiert. Sie haben viele Fragen. Die Gesprächskultur ist offen. Dies sollten wir nutzen. Viele haben mir auch gesagt, sie fühlten sich über das, was in Europa stattfindet, noch nicht ausreichend informiert. Ich halte es für nachdenkenswert, an den Schulen mehr Wissen über Europa zu vermitteln.

Europa ist nicht nur für Regierungszirkel, es ist für die Bevölkerung. Wir sind froh darüber, dass uns die Ratspräsidentschaft die Möglichkeit gibt, in 400 öffentlichen Veranstaltungen, Räten und Treffen nicht nur den Menschen in den übrigen Mitgliedstaaten Deutschland bekannter zu machen, sondern auch Europa den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen.

Während unserer Präsidentschaft findet ein Jubiläum statt: Am 25. März 1957 – vor 50 Jahren – unterzeichneten die sechs Gründerstaaten die Römischen Verträge. Bedenken wir, welche Chancen wir heute, im wiedervereinten Berlin, im wiedervereinigten Deutschland, haben! Vor 50 Jahren hat mit sechs Mitgliedstaaten ein Erfolgswerk begonnen. Heute sind 27 Staaten Mitglied der Europäischen Union. Das zeigt, wie sehr sich die Welt verändert hat.

Wir wissen, Europas Wurzeln liegen in den Werten, die alle Mitgliedstaaten teilen: Freiheit, Demokratie, Wahrung der Menschenrechte ebenso wie Vielfalt, Solidarität untereinander und Toleranz. Wir werden diese Werte anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge in einer „Berliner Erklärung“ zum Ausdruck bringen und gleichzeitig formulieren, wie wir uns die Aufgaben der Europäischen Union im 21. Jahrhundert vorstellen, um das Erfolgswerk im Sinne der Men-

schen weiterführen zu können. Die „Berliner Erklärung“ wird von der Kommission, dem Parlament und dem Rat gemeinsam erarbeitet. Wir werden uns bemühen, das Dokument lesbarer zu machen als manchen Richtlinienentwurf, den Sie aus Brüssel erhalten.

Am 25. März besteht die Chance, neben den offiziellen Festakten wieder Kontakt zu den Menschen aufzunehmen. Wir werden das in Berlin mit einem Bürgerfest begleiten. In 50 Städten in Deutschland sollen ebenfalls europäische Initiativen stattfinden. Wir wollen nahe bei den Menschen sein. Die Vorbereitungen laufen. Ich darf mich bei allen bedanken, die dabei mitmachen.

Stärke und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union müssen gewährleistet sein. Mit den bestehenden Verträgen ist das nicht der Fall. In der zweiten Hälfte unserer Präsidentschaft wird uns daher die Frage, wie es mit dem Verfassungsvertrag weitergehen soll, intensiv beschäftigen.

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat den Auftrag erhalten, bis Juni einen Fahrplan zu erarbeiten. Wir haben damit eine sehr schwierige Aufgabe zu bewältigen. Ich glaube aber, dass es richtig ist, die so genannte Reflexionsphase, die Phase des Nachdenkens, jetzt zu beenden; denn im Jahr 2009 findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt, und die Bürgerinnen und Bürger werden uns fragen, für welches Europa sie ihre Stimme abgeben sollen.

Nach dem Nizza-Vertrag ist heute weder eine zusätzliche Erweiterung der Europäischen Union möglich – Sie wissen, dass mit Kroatien und der Türkei Beitrittsverhandlungen geführt werden – noch lässt sich sagen, wie groß die Kommission sein wird. Auch die Abstimmungsmechanismen entsprechen nicht dem, was man an Handlungsfähigkeit erwarten kann. Es besteht also hoher Handlungsdruck. Immerhin haben 18 der 27 Mitgliedstaaten den Verfassungsvertrag ratifiziert. Gerade gegenüber Ländern, in denen erhebliche Bedenken bestehen, müssen wir deutlich machen, dass der Verfassungsvertrag im Vergleich zu dem geltenden Vertrag von Nizza eine Verbesserung darstellt; denn Bürgernähe ist darin sehr viel stärker verankert.

Der frühere Ministerpräsident Erwin Teufel hat als Mitglied des Verfassungskonvents viele Anliegen der Länder durchgesetzt. Zum ersten Mal wird es zum Beispiel ein Subsidiaritätskontrollsystem geben: Die Kammern der nationalen Parlamente – bei uns Bundestag und Bundesrat – werden unmittelbar in das EU-Gesetzgebungsverfahren einbezogen. Sie haben das Recht, innerhalb von sechs Wochen nach Übermittlung eines EU-Vorhabens eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips zu rügen. Das ist ein Novum.

Man kann darüber sprechen, ob das ausreicht, aber es ist mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung. Weiter ist ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof verankert. Damit wird der Forderung nach mehr Bürgernähe, Demokratie und Transparenz in der Europapolitik durchaus Rechnung getragen.

Es ist klar: Aufgaben können den regionalen Erfordernissen entsprechend auf unterschiedliche Weise in Angriff genommen werden. Ich meine, davon werden die Länder profitieren. Es gibt also viele gute Gründe – von der Verbesserung der Handlungsfähigkeit bis zu mehr Bürgernähe der Europäischen Union –, in der Frage des Verfassungsvertrages voranzukommen.

In drei Wochen, am 8. und 9. März, findet der Frühjahrsrat statt. Ich habe Sie, die Ministerpräsidenten, eingeladen, am Vorabend der Ratstagung, am 7. März, nach Brüssel zu kommen, um mit uns gemeinsam die Kunstaussstellung der Bundesrepublik Deutschland zu eröffnen. Es wird die Möglichkeit bestehen, mit dem Kommissionspräsidenten zu sprechen.

Ich bedanke mich bei Herrn Ministerpräsidenten Wulff dafür, dass er die Teilnahme der Länder koordiniert hat.

Auf dem Frühjahrsrat wird es um handfeste Themen gehen. Sie wissen, dass sich der Frühjahrsrat jeweils mit dem so genannten Lissabon-Prozess beschäftigt, das heißt Auskunft darüber gibt, inwieweit die Europäische Union bei dem selbstgestellten Ziel vorangekommen ist, der dynamischste Kontinent zu sein, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, um Arbeitsplätze zu schaffen und den Menschen soziale Sicherheit und eine Perspektive zu geben.

In diesem Jahr werden neben den Berichten über den Fortgang des Lissabon-Prozesses zwei Themen im Mittelpunkt stehen: zum einen die Energie- und Klimapolitik, zum anderen das Thema bessere Rechtsetzung; wir sagen in Deutschland eher „Bürokratieabbau“.

Insgesamt geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Es gibt interessante Vorschläge der Kommission – ausgearbeitet insbesondere unter Leitung von Kommissar Verheugen – , um die Bürokratielasten zu senken. Die Europäische Kommission hat sich vorgenommen, im Rahmen eines Standardkostenmodells, so wie wir in Deutschland es jetzt auch anwenden, die Bürokratiekosten bis zum Jahre 2012 um 25 Prozent zu senken. Dies könnte von großer Bedeutung insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen sein.

Dabei geht es nicht, wie oft missverstanden wird, um die generelle Abschaffung von 25 Prozent der Richtlinien, sondern es geht um die Frage, wie Berichtspflichten und Überprüfungsmechanismen effizienter organisiert werden können. Jeder, der sich die Antragsverfahren im Bereich der vergemeinschafteten Agrarpolitik und anderes mehr anschaut, weiß, dass hier bei gutem Willen mit Sicherheit noch „Luft“ vorhanden ist.

Wir werden in diesem Zusammenhang auch über das Diskontinuitätsprinzip sprechen, das uns in den nationalen Parlamenten und Regierungen sehr vertraut ist. Mit dem Ende einer Legislaturperiode ist die Standardoption gegeben, dass alle nicht abgeschlossenen Gesetzgebungsvorhaben der Diskontinuität anheimfallen.

In Europa kennt man dieses Prinzip nicht. In der Geschäftsordnung des Parlaments ist es als Option enthalten. Die Kommission ist diesbezüglich durchaus sehr kritisch eingestellt. Dafür kann man Gründe finden. Denn selbstverständlich bedeutet es eine Politisierung – die ich aber für wünschenswert halte –, wenn eine neu gewählte Kommission, wenn ein neu gewähltes Parlament darüber entscheidet, ob das, was in der vergangenen Legislaturperiode wichtig erschien, auch weiterhin wichtig ist.

Für mich bedeutet die Einführung des Diskontinuitätsprinzips eine Stärkung des Willens der Wählerinnen und Wähler bei Europawahlen. Deshalb freue ich mich darüber, dass sich auch der Bundesrat dieses Themas angenommen hat.

Wir werden über die Energiepolitik zu reden haben. Gestern hat der Energierat getagt; in wenigen Tagen wird der Umweltrat stattfinden. Wir haben über Vorschläge der Kommission zu diskutieren, die ambitioniert sind und von denen wir als Ratspräsidentschaft glauben, dass sie im Grundsatz in die richtige Richtung weisen. Wenn ich aber beispielsweise an die Struktur der Energieerzeugung und an die Frage der Netze denke, so werden diese Vorschläge von der Bundesrepublik Deutschland nicht in jedem Einzelfall geteilt.

Richtig ist, dass die Kommission ambitionierte Ziele im Klimaschutz setzt. Wir wollen – so der Vorschlag der Kommission – mit dem Angebot in die internationalen Verhandlungen gehen, für die Zeit nach dem Kioto-Protokoll, also nach 2012, die CO₂-Emissionen in Europa um 30 Prozent zu senken – um 20 Prozent auf jeden Fall und um 30 Prozent, wenn sich andere große Emittenten weltweit diesem Ziel anschließen.

Man muss an dieser Stelle daran erinnern, dass von den CO₂-Emissionen, die weltweit entstehen, Europa 15 Prozent erzeugt. Das heißt: 85 Prozent entfallen heute schon auf Emissionen außerhalb der Europäischen Union. Wir müssen also zwei Dinge tun: Einerseits müssen wir Vorreiter sein – ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir technologisch davon profitieren können –, andererseits müssen wir internationale Abkommen abschließen, durch die sich insbesondere die Vereinigten Staaten und die großen Schwellenländer in Reduktionsmechanismen einbeziehen lassen.

Hinsichtlich der Schwellenländer ist völlig klar: Wir können von ihnen keine Reduktion verlangen. Allerdings kann man erwarten, dass es, so wie wir es in den 70er Jahren in den Industrieländern erlebt haben, zu einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO₂-Emissionen kommt.

Wir werden in der Europäischen Union dafür Sorge tragen – so der Kommissionsvorschlag, den ich unterstütze –, dass bis zum Jahre 2020 20 Prozent der Energieer-

zeugung durch erneuerbare Energien erfolgt. In Deutschland gibt es hierzu sehr gute Ansätze; Sie wissen das. Außerdem wollen wir eine Beimischung von Biokraftstoffen zu normalen Kraftstoffen von 10 Prozent erreichen. Das scheint in der Europäischen Union mehrheitsfähig zu sein. Jedenfalls haben die Energieminister es gestern beschlossen. Schwieriger scheint noch die Frage der erneuerbaren Energien zu sein. Aber wir werden uns dafür einsetzen, dass es zu einer Lösung kommt.

Ich will an dieser Stelle daran erinnern, dass wir in den vergangenen Wochen eine Diskussion über die Autoemissionen geführt haben. Der Verkehr macht etwa 12,5 Prozent der europäischen Emissionen aus. Es ist unstrittig – sowohl innerhalb der Bundesregierung als auch unter uns –, dass das Ziel, dessen Einhaltung die Autoindustrie selbst versprochen hat, nämlich bis zum Jahre 2012 die CO₂-Emissionen pro Kilometer auf 120 Gramm zu senken, unterstützt werden sollte.

Die Autoindustrie wird diese Selbstverpflichtung – jedenfalls den Teil, den sie sich bis 2008 vorgenommen hat – nicht einhalten. Deshalb ist es zu einer Diskussion über eine Regulierung gekommen. Die Kommission sagt: 130 Gramm durch die Entwicklung neuer Motoren und 10 Gramm durch Beimischung von Biokraftstoffen. – Das halte ich für einen vernünftigen Ansatz.

Die einzige Auseinandersetzung, die wir mit der Kommission hatten, betraf nicht die Grenzwerte. Es ging vielmehr darum, dass wir die Gesamtflotte betrachten müssen und nicht pro Hersteller ansetzen dürfen; denn dadurch würden bestimmte Hersteller in eine äußerst schwierige Situation geraten. Das heißt: Alle müssen für den durchschnittlichen Flottenverbrauch ihren Reduktionsbeitrag leisten.

Auch die Energiesicherheit, die Versorgungssicherheit wird, gerade in Bezug auf Russland, auf der Tagesordnung stehen. Im Mai wird ein EU-Russland-Gipfel stattfinden. Wir müssen in den Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen Wert darauf legen, dass das berechtigte Anliegen der Energiesicherheit Berücksichtigung findet.

Ende April wird ein EU-Amerika-Gipfel stattfinden, auf dem wir versuchen werden, das Thema des gemeinsamen Marktes, des transatlantischen Marktes, nach vorne

zu bringen. Hierbei geht es nicht um eine Alternative zu den Welthandelsgesprächen; das will ich ausdrücklich sagen.

Die Europäische Union wird alles daransetzen, die Doha-Runde zu einem Erfolg zu machen. Wir haben nur noch ein schmales Zeitfenster. Vielmehr geht es darum, so genannte nichttarifäre Hemmnisse jenseits der multilateralen Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsrunde abzubauen, zum Beispiel Buchführungsmechanismen, Standards bei der Zulassung von Autos, Patentrichtlinien und vieles andere mehr.

Ich denke, hier könnten wir erhebliche Kosten einsparen, wenn Amerika und die Europäische Union parallel vorgingen. Wir haben eine Vielzahl außenpolitischer Herausforderungen zu bewältigen. Sie wissen, dass der Bundesaußenminister und ich uns sehr nachdrücklich dafür eingesetzt haben, dass das Quartett bezüglich des Nahost-Friedensprozesses wieder tagt. Wir haben den Willen, den Friedensprozess voranzubringen und endlich einen Beitrag dazu zu leisten, dass eine Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten gefunden wird. Denn wir glauben, dass gerade der Nahost-Konflikt Ursache vieler anderer Konflikte in der Region ist.

Innerhalb der UNO arbeiten wir daran, den Druck auf den Iran bezüglich seines Nuklearprogramms zu verstärken. Sie wissen, dass wir in der Außenpolitik insgesamt auf einen multilateralen Ansatz setzen und unseren Beitrag auch als EU-Ratspräsidentschaft erbringen wollen.

Ein Thema, das uns im Augenblick sehr beschäftigt, ist die Zukunft des Kosovo und die Situation in Serbien. An außenpolitischen Herausforderungen besteht also wahrlich kein Mangel. Wenn wir uns die Welt anschauen, so zeigt sich, dass die Zahl der Konflikte und die Sorgen nicht unerheblich sind.

Umso erfreulicher ist es, dass es in den letzten Tagen gelungen ist, ein Übereinkommen mit Nordkorea zu erzielen, von dem wir hoffen, dass es auch hält.

Wir sind uns bewusst, dass wir die EU-Ratspräsidentschaft nur zu einem Erfolg führen können, wenn andere Mitgliedstaaten unsere Anschauung teilen, dass Europa vorangebracht werden muss. Ich weiß, dass Sie uns in vielen Fragen unterstützen oder aber kritisch begleiten. Ich meine, wir haben gemeinsam Verantwortung dafür, dass die Ratspräsidentschaft keine abgehobene, elitäre politische Veranstaltung ist, sondern den Bürgerinnen und Bürgern Europa wieder ein Stück weit nahe bringt. Ich bedanke mich für jegliche Unterstützung und freue mich über gute Ratschläge.

* * * * *